

# Neueste Nachrichten

## Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Neueste Nachrichten“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen aus Beträgen ab 1.40 Reichsmark durch die Post 1.85 Reichsmark. A. 40 Belegblätter, 40 Belegblätter, 40 Belegblätter. 40 Blätter der Einzelnummern: Jede Umschlagkarte. Die Einzelnummern werden nach Kollisionsfällen berechnet; 94 Seiten 0.21 Reichsmark.

Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Mittelddeutschen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung. Derzeitige: Neue Promenade 1a u. O. Postfachstraße 17. Fernsprecher: Kammer-Nummer 7431. Druck-Verlag: „Verlagsgesellschaft Halle“, Halle. Druckerei: Buchdruckerei E. G. G. Halle. Postfach-Nummer: Leipzig Nr. 22815. Verlagsort u. Druckort: Halle.

### Neues in Kürze.

#### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Reichspräsident empfing gestern den Reichsminister Dr. Luther und den Reichsminister der Justiz Dr. Brentano zum Vortrag über die Aufwertungsfrage, insbesondere den gegenwärtigen Stand der gesetzgeberischen Arbeiten zur Regelung der Aufwertung.

Die Reichsregierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat den Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen zur Begutachtung vorgelegt. Mit der Beratung des Gesetzeswurfs ist der durch sechs Mitglieder des Unterhauses für Landwirtschaft und Ernährung vorgesehene Zolltarif aus dem Entwurf entfernt. Dieser behandelte am 4. Juni 1925 unter Aushebung einer Reihe von Vertretern der Wirtschaft und von Generalstaatsanwaltschaften die im dem Gesetzentwurf vorgesehenen Art. 20. Die Verhandlungen werden am 5. und 6. Juni fortgesetzt werden.

Der Generalkonvent des „Deutschen Bauernbundes“ hat zur Abstimmung eine Entschließung gefaßt, in der vom Reichstag erwartet wird, daß er sich für die von der Reichsregierung vertretene Auffassung, daß zurzeit keine Erhöhung der Beamtenbezahlung in Frage kommen könnte, nicht annehmen möchte, sondern seine Wünsche für den Beamtenlohn und die Beschränkung der Beamtengehälter auf dem Wege der Gesetzgebung zu befürworten, in die Tat umsetzt.

Auch in der Großhändler-Industrie sind mehrere Kündigungen von Krediten erfolgt. Es veranlaßt, daß einer größeren Firma des Berliner Handels die von Amerika gegebenen Kredite von 2 Millionen Dollars zum 30. Juni fällig werden müssen.

Unter zahlreicher Beteiligung von Angehörigen aller Volksschichten und Parteien wurde gestern in Wien die Gründung eines deutsch-österreichischen Volksbundes in Wien einstimmig beschlossen.

Vom 5. bis 9. Juli werden sieben Kriegsschiffe die Häfen Riel und Sinimünde besuchen. Nach Riel werden zwei Panzerkreuzer, vier Torpedobootzerstörer, eine U-Bootflottille, eine Minenschiff-Flottille und ein Flugzeugmuttergeschiff nach Riel, jenseits und Weichsel kommen. Sinimünde wird von einer Torpedobootflottille angefahren werden.

Der Pariser „Temps“ meldet aus Coblenz: Die Interalliierte Rheinlandkommission hat den Beschlüssen Anwendung gegeben, Freischießschieße gegen die Entente und gegen die Bergregierung der Räumung Kölns nicht zuzulassen.

Wie aus Prag gemeldet wird, hat die französische Regierung der tschechischen Regierung mitgeteilt, daß sie die Sendung der französischen Militärmission als eines tschechischen Kommandoorgans für abgelehnt erachtet. Die tschechische Regierung hat die Abweisung angenommen. Die Kommandoorganisation der französischen Offiziere werden im Herbst von tschechischen Offizieren übernommen werden. Der bisherige Chef der französischen Militärmission, General Mittelbauer, soll zum tschechischen Berater des tschechischen Ministers für nationale Verteidigung ernannt werden.

Der Vizepräsident des spanischen Direktoriums, Marquis Maga, erklärte, daß eine spanisch-französische Konferenz über Marokko grundsätzlich vereinbart sei. Nach weiteren spanischen Meldungen wird auch Spanien jetzt zum Angriff auf die Rif-Länder übergehen und in der Rif-Länderkriege gegen die Feindverbände in Hand mit den Franzosen gehen.

Wie der Pariser „Herold“ aus Rom meldet, sind auf sechs Mitglieder der politischen Polizei in Neapel Attentate verübt worden. In einem Falle ist der Angriff tödlich verlaufen. Im Ministerium ist der Antrag des Innenministers eingegangen, in den gefährdeten Städten den Verlegungsstand zu verhängen.

Den bulgarischen Behörden ist es gelungen, sämtliche Zweige der Verschwörung aufzulösen. Rund 140 Personen wurden wegen Beteiligung an kommunistischen Anschlägen oder wegen ihrer Zugehörigkeit zu kommunistischen Vereinigungen verhaftet. Unter den beschuldigten Schriftführern befindet sich eine Anweisung des Zentralkomitees der verbotenen kommunistischen Partei, in der den Anhängern empfohlen wird, unter den bürgerlichen Parteien Zutritt zu suchen.

Ohne Behinderung durch die Zensur meldet die Moskauer „Aberna“, daß die Kommunisten des Landesrats gegen den Antrag von Bulgarien um die Mitgliedschaft des Sowjet Gerichtsorgans ausgesprochen haben wegen der Hinrichtung der Sowjet Kommunisten Friedmann und Koff. Das ist also die offene Antilösung neuer Attentatsverbrechen. Es wird immer toller!

## Vor schweren Entscheidungen!

### Die Ueberreichung der Räumungsnote.

Die Volksräte Englands, Frankreichs, Italiens und Japans sowie der belgische Generalstab haben gestern dem Reichsminister die Kollektivnote übergeben, in der die alliierten Regierungen der Reichsregierung die Maßnahmen mitteilen, von denen sie die Räumung der nördlichen Rheinlandzone abhängig machen.

Der englische Botschafter erklärte dabei: „Entsprechend dem am 5. und 26. Januar befolgten Verfahren habe ich die Ehre, Eure Excellenzen im Namen meiner Kollegen und in eigenem Namen eine gemeinsame Note unserer Regierungen über die Voraussetzungen der Räumung der Kölner Zone auszubändigen.“

Der Reichsminister nahm die Note mit folgender Antwort entgegen: „Seit der Uebergabe der alliierten Noten am 5. und 26. Januar, auf die Eure Excellenzen loben Bezug genommen haben, hat die Reichsregierung sowohl bei der Beantwortung jener Noten als auch bei anderer Gelegenheit wiederholt Anlauf genommen, ihren Standpunkt in der Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone darzulegen. Ich nehme an, daß diese Erklärungen der Reichsregierung unverständlich geblieben sind. Die Reichsregierung wird jedoch Entscheidung über ihre weiteren Maßnahmen treffen.“

Die Note und ihre Anlagen werden, wie bereits gemeldet, am Sonnabend morgen veröffentlicht werden.

### Kabinettsitzung unter Hindenburgs Vorsitz.

Berlin, 5. Juni. Heute, Freitag, 5. Juni, 12 Uhr mittags, findet unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten ein Kabinettsrat zur Erörterung der am Donnerstag überreichten Note über die Voraussetzungen für die Räumung der nördlichen Rheinlandzone statt.

Zur augenblicklichen Lage berichtet unsere Berliner Vertretung:

Eine auch nur vorläufige Stellungnahme der Reichsregierung zur alliierten Entwaflungsnote wird der heute 12 Uhr mittags beginnende Kabinettsrat noch nicht bringen. Es ist für heute nur in Aussicht genommen, daß

die zuständigen Ressorts ihre Meinungen über die neuen Entwaflungsbedingungen austauschen.

Auf besonderen Wunsch des Kanzlers sollen auch die deutschen Vertreter in Paris, London und Brüssel vor einer endgültigen Stellungnahme des Reichs geführt werden. Der Reichsminister Dr. Geyer hat die Befehlshaber der Wehrkreiskommandos nach Berlin berufen.

Die Forderungen der Entwaflungsnote hinsichtlich der deutschen Reichswehr bilden den Gegenstand der Konferenz. Soweit die Entwaflung der Schutzpolizei in Frage kommt, werden die Polizeiverwaltungen der Länder vom Reichsinnenminister kommende Woche in Berlin gehört werden. Die Vorbereitungen sollen darauf schließen, daß eine genaue Nachprüfung der alliierten Beschuldigungen in die Wege geleitet wird, die voraussichtlich viele Wochen

in Anspruch nehmen wird. Die Ueberlieferung der langen Note ist in einer vorläufigen Fassung gestern Abend fertiggestellt worden, so daß eine erste Ueberprüfung inzwischen möglich geworden ist.

Dem Umfange, daß der Reichspräsident von Hindenburg selbst in dem heutigen Kabinettsrat den Vorsitz führt, kommt ein stark politischer Wert zu.

Wenn die jetzt vorliegende Note auch nicht den Charakter eines Ultimatus trägt, so kann dies doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß man es hier mit politisch weittragenden Forderungen zu tun hat, die voraussichtlich langwierige diplomatische Verhandlungen nach sich ziehen werden.

Raut Pariser „Matin“ hat der französische Außenminister für der jetzigen Note erklärt, daß man sich auf eine lange Zeit gefaßt machen muß, bis die neuen Differenzen zwischen den Alliierten und Deutschland behoben seien. Die „Londoner Times“ meldet, daß die Note nach französischer Auffassung keine Lösung der Krise mit Deutschland bringen wird.

General Walsh habe erst gestern elf neue alliierte Offiziere für seine Kontrollkommission angefordert. Es heißt, daß eine weitere Ergänzung der Kontrollmaßnahmen notwendig geworden ist, besonders hinsichtlich des Schiffbaus auf deutschen Werften.

Briand wird sich am Sonnabend zu der in kommender Woche beginnenden Tagung des Völkerbundes begeben und dort mit dem englischen Außenminister Chamberlain zusammentreffen.

### Tschechen und Polen melden sich.

Der tschechoslowakische Außenminister hat in Paris in schriftlicher Form das Veto der tschechoslowakischen Einigkeit gegen ein Abwehrabkommen mit Deutschland ohne die tschechoslowakische Zustimmung, „Journal“ erklärt, daß ein gleiches Veto Polens in Paris unmittelbar bevorsteht.

„Zeit Journal“ schreibt, daß sich Deutschland der Teilnahme an einem zweiten auf die Sicherheit der Ostgrenzen bezug habenden Sicherheitspakt nicht enthalten könnte, ohne daß es sich damit die Verantwortung auflädt, die ganges von ihm ins Rollen gebrachten Fragen wieder zum Stillstand zu bringen.

### Französisch-russischer Zwischenfall.

Paris, 5. Juni. Gestern nachmittags hat sich die „Matin“ berichtet, aus Anlaß der Eröffnung der russischen Abteilung auf der Kunstgewerbeausstellung ein Zwischenfall ereignet:

Der Minister für die schönen Künste, de Monzie, wollte bei der Eröffnung, die im offiziellen Ausstellungssaal stattgefunden hatte. Es trat darauf der Minister den russischen Pavillon betrat, wurde er mit dem Gesang der Internationale begrüßt und von der Menge voran aufgeführt. Es lebte die Sowjet-Flagge mit dem Kriegeskreuz. Der Minister de Monzie wandte sich an den Pavillonchef Krasin, indem er erklärte: „Man hat mich zu einer künstlerischen Veranstaltung eingeladen. Ich sehe, daß es sich um eine politische Kundgebung handelt. Ich muß mich unter diesen Umständen zurückziehen.“ Krasin soll einige Entschuldigungen vorgebracht, jedoch erklärt haben, daß er unfähig sei, die Kundgebung zu verhindern.

Infolge des starken Scheiterns des Pavillonsoziums bezieht de Monzie den Ausgang nicht erreichen, weshalb die Polizei ihm einen Weg bahnen mußte. „Matin“ behauptet sogar, daß der Minister den Saal verließ, um von einigen Personen gepöbelt worden sein.

### Ministerverhaftung in Ungarn.

Aus Budapest wird gemeldet: Die plötzliche Verhaftung des ungarischen früheren Ministers des Inneren Edmund Beniczky rief eine ungewohnte Erregung hervor. Die Verhaftung des früheren Ministers soll wegen falscher Anschuldigungen, Behauptung des Reichsverwehlers und Verletzung des Amtsgeheimnisses erfolgt sein. Wie verlautet, hat der ehemalige Minister des Inneren Beniczky vor dem Militärtribunal, der mit der Untersuchung der Ermordung der Redakteure der „Nepszo“, Somogyi und Baos, betraut ist, sensationelle Aussagen abgegeben, die einen Bericht gegen den Reichsverwehler enthält, die schwere Verbrechen enthält, die Ermordung der beiden Redakteure angeht zu haben.

In Kreisen, die der Regierung nahestehen, wird erklärt, daß die Beschuldigungen gegen den Reichsverwehler durchaus unbegründet seien und daß es sich um einen Vorstoß der rechtsradikalen Partei handle, die den Reichsverwehler Schritt um Schritt, das die Affäre, welche bezüglich der Verhaftung in allen politischen Kreisen Ungarns unabweisbar aufsteht, ebenfalls noch schwere innerpolitische Konsequenzen nach sich ziehen werde, die die Sozialdemokraten sehr erschließen. Die Affäre Beniczky-Horthy im Parlament zur Sprache zu bringen.

Die Gewerkschaft der Drucker hat wegen des Verbotens des Blattes „Als Ujag“, das die durch Indirektion in seine Hände gelangten Auslagen veröffentlicht hatte und konfisziert wurde, einen 24stündigen Demonstrationstreik beschlossen.

In der Stadt Merito sind sechs russische Ingenieure angekommen, die von der Sowjetregierung mit dem Erlaubnis der merzantilen Industrie beauftragt sind. — Die Herren werden wohl viel in die Flammen der Revolution gießen sollen.

## Wirtschaftsnot und Zollvorlage.

Zufügung zu dem Aufsatz von Oberamtmann Wenzel-Teufenthal.

Von Dr. Georg Wihl, Schiele-Raumburg.

Zu den in dem Aufsatz angeführten Zollfragen behalten wir uns eine Stellungnahme ausdrücklich vor. Die Schriftleitung. Einer der bedeutendsten Wirtschaftsführer der Provinz Sachsen, Oberamtmann Wenzel-Teufenthal, hat in der halleischen „Allgemeinen Zeitung“ einen Warnungsartikel veröffentlicht, in dem er die wirtschaftlichen Auslandskrisen und über die staunenswerte Geistesleistung, in der sich heute viele Wirtschaftler in Deutschland befinden, welche zu unheimlichen Zinsen Kredite hereinheimen für Geschäft, welche nach ihrer eigenen Aussage verlustbringend sind. Oberamtmann W. lautet:

„Ich hatte es für sehr wahrscheinlich, daß die Amerikaner eines Tages in der Kreditbewährung zurückfallen würden; vielmehr werden sie zwar verfallen, ihre Gustaben aus Deutschland zurückzuschieben.“

„Ich bin auch der Meinung, daß das Eintreten wird und zwar sehr bald und in Form einer plötzlichen Umwälzung, welche die meisten Leute in Deutschland sehr peinlich überraschen wird.“

„Dann wird in Deutschland sehr eingezeichnete Veränderungen der Lage unvermeidlich. Die meisten sehen diese Veränderung nicht oder wollen sie nicht sehen. Es ist darum sehr verdienstlich, wenn ein anerkannter Wirtschaftsführer mit aller Schärfe die Wendung vorherzusehen, indem er dabei nicht an seinen eigenen Vorteil denkt, der das nicht gebietet, sondern um den Vorteil und die Sicherheit des Ganzen.“

Oberamtmann W. schließt die gefährliche Wendung, die dadurch für die Landwirtschaft eintreten wird. Ich möchte mir erlauben, einiges hinzu zufügen über die Folgen, welche diese Wendung für die Verbrauchsbevölkerung in den Städten nach sich ziehen wird. Für die gesamte Nation wird die Wirkung auf die meisten städtischen Geld noch beunruhigend sein. Angenommen, die kreditierte Kreditlinie von etwa 300—400 Mill. M. monatlich vermindert, und sie muß aus den oben angegebenen Gründen sehr bald vermindern, — angenommen ferner, sie kann nicht durch Verbrauch gedeckt werden, — und es wird keine solche Verbrauch zu sein, — so wird das in erster Linie an der Zahlungsmittelknappheit sichtbar werden. Es werden die Devisen fallen, die jetzt in so freigelegter Weise geflossen werden. Die Zahlungsmittelknappheit, welche jetzt schätzungsweise 3 Milliarden aus Zahl beträgt, wird dann auf die Hälfte oder weniger sinken. Das bedeutet steigende Nahrungsmittelpreise (vielleicht sogar steigende Devisenpreise in Deutschland).

Was ist demgegenüber zu tun? Sofort schärfste Drohschreiben der entsprechenden Einfuhr bis zur Beschlagnahme der Kaufkraft der Handelsbilanz. Diese ist es, welche einen Maßstab der wachsenden Zahlungsmittelknappheit abgibt. Seit einem Jahre schon besteht dieser Zustand. Seit einem Jahre schon hätte der jeweilige Wirtschaftsführer und Ernährungsminister, — letzterer nicht um der Landwirte willen, sondern um der zukünftigen Ernährung des Volkes willen, — die Einfuhr durch entsprechende Zölle auf alle entsprechende Einfuhr drohen müssen.

„Entsprechende Zölle“ heißt hier knappe Zölle. Die sogenannten Mac Remnagalle der Engländer betragen 33 Proz. Wir hätten je nach Obstand noch mehr nötig.

„Entscheidende Einfuhr“ heißt hier nicht nur Pauschalzölle, sondern jede Einfuhr von Fertigfabrikaten, die wie selbst herstellen können industrielle Waren anarische — bei freier Rohstoffzufuhr. Hierbei rechnen dann besonders auch die armen Völker in Welt, von denen die städtische Bevölkerung in dem letzten Jahre so verarmungsgeliebt hat. Sie werden verarmen und durch die tropischen Futtermittel ersetzt werden müssen, aus denen man solche Werte in Deutschland herstellt.

Das alles ist bisher nicht geschehen. Statt dessen erleben wir eine Verhinderung, welche einen neuen Akt der prozeffionellen deutschen Verarmung einleitet. Die Kaufkraft der Handelsbilanz ist ein Maßstab nicht nur der prozeffionellen Verarmung, sondern der prozeffionellen deutschen Verarmung.

Dafür bekommen wir nun jetzt eine Zollvorlage. Was haben wir nun davon zu sagen? Sie entspricht in keiner Weise der gegenwärtigen Lage. Als Mittel zur Drohschreiben der nationalen Handelsbilanz ist sie viel zu schwach und zu unkonsequent aufgesetzt.



